



Inhalt:

1. Verbandsgemeinde Westliche Börde: Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Stadt Gröningen Kuratorien und der Verbandsgemeindeelternvertretung für die Kindertagesstätten in der Verbandsgemeinde
 2. Verbandsgemeinde Westliche Börde: Bekanntmachung der Satzung zur Wahl der Elternsprecher, der Vertreter der Kuratorien und der Verbandsgemeindeelternvertretung für die Kindertagesstätten in der Verbandsgemeinde

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung

1. Haushaltssatzung der Stadt Gröningen für das Haushaltsjahr 2017.

Aufgrund des § 100 der Kommunalverfassung LSA vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), hat der Stadtrat in der Sitzung am 29.05.2017 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem
 - a) Gesamtbetrag der Erträge auf 3.504.200 EUR
 - b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 3.661.300 EUR
2. im Finanzplan mit dem
 - a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.174.000 EUR
 - b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.387.000 EUR
 - c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf 876.300 EUR
 - d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf 1.277.600 EUR
 - e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 413.500 EUR
 - f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 551.900 EUR

§ 2

Eine Kreditermächtigung wird nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, (Verpflichtungsermächtigung) wird auf 1.220.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 620.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf 400 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 440 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 430 v.H.

§ 6

Festsetzung von Wertgrenzen

1. Der Erlass einer Nachtragssatzung im Sinne des § 103 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt wird erforderlich, wenn der zu erwartende Fehlbetrag 5 v.H. der Aufwendungen des Ertragshaushaltes übersteigt.
2. Als erheblich sind bisher nicht veranschlagt oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen bei einzelnen Haushaltspositionen im Sinne des § 103 Abs. 2 Nr. 2 Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt dann anzusehen, wenn sie im Einzelfall 5 v.H. des Gesamtaufwandes des laufenden Haushaltsjahres übersteigen.
3. Als geringfügig im Sinne von § 103 Abs. 3 Satz 1 Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt gelten:
 - a) Geringfügige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie unabwiesbare Auszahlungen, die nicht mehr als 30.000 € betragen.
 - b) Geringfügige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie deren Auszahlungen für die Planung von Investitionen bis zu einem Betrag von 15.000 €.
4. Als erheblich im Sinne § 7 Abs. 1 Kommunalhaushaltsverordnung gelten Veränderungen der Ansätze von Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe von 1 v.H., die im Nachtragshaushalt berücksichtigt werden müssen.
5. Als Wertgrenze nach § 4 Abs. 4 Kommunalhaushaltsverordnung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden 100.000 € festgesetzt.
6. Als erheblich im Sinne § 48 Abs. 1 Kommunalhaushaltsverordnung gelten Abweichungen der Jahresergebnisse von den fortgeschriebenen Haushaltsansätzen, wenn sie einen Betrag von 5.000 € übersteigen.

§ 7

Nicht zu den über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zählen (§ 17 KommHVO):

Aufwendungen und Auszahlungen, für die zweckgebundene Erträge und Einzahlungen als Deckungsmittel in voller Höhe zur Verfügung stehen.

Stadt Gröningen, den 30.05.2017.

[Handwritten Signature]



Brunner
Bürgermeister

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Haushaltsplan mit seinen Anlagen liegt nach 102 Abs. 2 Satz 1 Kommunalverfassung LSA zur Einsichtnahme vom 03.07.2017 bis 26.07.2017 im Rathaus, Grabenstraße 14 Kämmerei öffentlich aus. Die nach § 107 Abs. 4 und § 108 Abs. 2 der Kommunalverfassung LSA erforderlichen Genehmigungen sind durch den Landkreis Börde am 23.06.2017 unter dem Aktenzeichen 30.15.2.VbGW.2017.SGR erteilt worden.

Stadt Gröningen, den 26.06.2017

[Handwritten Signature]



Brunner
Bürgermeister

Verbandsgemeinde
Westliche Börde

Satzung zur Wahl der Elternsprecher, der Vertreter der Kuratorien und der Verbandsgemeindeelternvertretung für die Kindertagesstätten in der Verbandsgemeinde Westliche Börde

Auf Grund des § 19 des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz – KiFöG) vom 5. März 2003 (GVBl. LSA S. 48), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes und anderer Gesetze vom 23.01.2013 (GVBl. LSA S. 38) in der derzeit gültigen Fassung, hat der Verbandsgemeinderat in seiner Sitzung am 08.06.2017 folgende Satzung zur Wahl der Elternsprecherinnen und Elternsprecher, der Vertreter der Kuratorien und der Verbandsgemeindeelternvertretung für die Kindertagesstätten in der Verbandsgemeinde Westliche Börde beschlossen.

**Erster Teil
Allgemeine Vorschriften**

**§ 1
Zweck**

- (1) Mit dieser Satzung wird das Wahlverfahren für die Elternvertretung der Kindertageseinrichtungen in der Verbandsgemeinde Westliche Börde gemäß § 19 KiFöG LSA geregelt.
- (2) Gewählt werden Elternsprecher, Kuratorien und die Gemeindeelternvertretung für die Kindertageseinrichtungen mit einer eigenständigen Betriebserlaubnis.

§ 2

Wahlberechtigte, Führung der Wählerverzeichnisse

- (1) Wahlberechtigt sind Eltern, die ein Kind in der jeweiligen Kindertageseinrichtung betreuen lassen. Dabei haben Eltern eines Kindes für jedes gemeinsame Kind eine Stimme. Haben Eltern mehrere Kinder zur Betreuung in der Einrichtung, besitzen sie auch mehrere Stimmen.
- (2) Die Führung der Wählerverzeichnisse ist Aufgabe der jeweiligen Kindertagesstättenleiterin. Alle am Wahltag Wahlberechtigten sind in die Wählerverzeichnisse einzutragen.

§ 3

Wahlausschuss

- (1) Für die Wahlen wird ein Wahlausschuss gebildet. Der Wahlausschuss besteht aus der jeweiligen Kindertagesstättenleiterin als Vorsitzende und deren Stellvertreterin sowie zwei Beisitzern pro Einrichtung. Die Beisitzer können aus der Elternschaft der jeweiligen Einrichtung benannt werden
- (2) Dem Wahlausschuss obliegt in Zusammenarbeit mit dem Träger der Kindertagesstätten die Vorbereitung und Leitung der Wahl sowie die Feststellung und Nachprüfung des Wahlergebnisses.

§ 4

Wahlbekanntmachung

- (1) Die Wahlen werden 2 Monate vorher bekannt gegeben.
- (2) Die Bekanntgabe der Wahl erfolgt durch Aushang in der jeweiligen Kindertageseinrichtung. Der Träger ist für die Bekanntgabe vor Ort verantwortlich.
- (3) Die Wahlbekanntmachung sowie alle anderen Bekanntmachungen, die durch Aushang erfolgen, haben bis zum letzten Tag der im Aushang genannten Frist auszuhängen. Der Tag des Aushangs und der Abnahme vom Aushang sind auf der Urschrift des jeweiligen Dokumentes mit Datum und Unterschrift zu vermerken.

§ 5

Wahltag und Wahlzeit

- (1) Die Neuwahl der Vertretung muss vor Ablauf der Wahlperiode stattfinden.
- (2) Der Träger der Kindertagesstätten bestimmt den Wahlzeitraum einheitlich für alle Kindertageseinrichtungen.
- (3) Die Wahlen finden entweder
 - a.) im Rahmen einer Elternversammlung in der Einrichtung statt oder
 - b.) an einem festgelegten Wahltag während der Öffnungszeiten der Einrichtung.
- (4) Die Wahlperiode beginnt am Tage nach der Beendigung des Wahlzeitraumes.

§ 6

Aufforderung zur Abgabe von Wahlvorschlägen

- (1) Wahlvorschläge für die unter § 1 Abs. 2 genannten Wahlgänge sind bei der jeweiligen Kindertagesstättenleiterin oder dem Träger einzureichen. Die Einreichungsfrist endet 21 Tage (3 Wochen) vor der Wahl.
- (2) Der Wahlvorschlag muss enthalten:
 1. Familiennamen, Vornamen, Beruf, Tag der Geburt, Wohnort eines jeden Bewerbers.
 2. Bezeichnung des Wahlganges (z. Bsp. Elternsprecher der Gruppe ...).
- (3) Eingereichte Wahlvorschläge können bis zum Ablauf der Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge geändert oder zurückgezogen werden. Derartige Erklärungen sind schriftlich bei der jeweiligen Kindertagesstättenleiterin oder dem Träger einzureichen.
- (4) Elternvertreter, die als Fachpersonal in einer Kindertageseinrichtung tätig sind oder die Aufsicht über diese führen, für die die Elternvertretung gewählt wird, sind nicht wählbar.

§ 7

Bekanntgabe der Wahlvorschläge

Die zugelassenen Wahlvorschläge werden durch Aushang in den jeweiligen Einrichtungen öffentlich bekannt gemacht. Der Träger ist für die Bekanntgabe vor Ort verantwortlich

§ 8

Durchführung der Wahl

- (1) Die Wahlen finden alle 2 Jahre in den Kindertagesstätten statt.
- (2) Die Wahl ist eine geheime Wahl. Briefwahl ist nicht möglich.
- (3) Die geheime Stimmabgabe hat auf vorbereiteten Stimmzetteln zu erfolgen. Der Stimmzettel ist insbesondere dann ungültig, wenn mehr Stimmen vergeben wurden, als vorgeschrieben, der Stimmzettel durchgestrichen oder der Stimmzettel mit Zusätzen, gleich welcher Art, gekennzeichnet ist.

§ 9

Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

- (1) Nach Beendigung der Wahlhandlung stellt der Wahlausschuss fest, wie viele Stimmen auf jeden Bewerber entfallen sind. Der Wahlausschuss gibt das Wahlergebnis in der Elternversammlung, spätestens am nächsten Werktag per Aushang, bekannt. Die Gewählten werden gefragt, ob die Wahl angenommen wird.
- (2) Das Wahlergebnis, die Namen der gewählten Bewerber sowie auch die Namen der nächstfestgestellten Bewerber in der festgestellten Reihenfolge werden weiterhin durch einen Aushang in der jeweiligen Einrichtung öffentlich bekannt gegeben. Der Träger ist für die Bekanntgabe vor Ort verantwortlich.

§ 10

Wahlniederschrift

- (1) Über die Wahlhandlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Wahlausschuss zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift hat folgende Angaben zu enthalten:
 1. Bezeichnung der Wahl,
 2. Namen des Wahlvorstandes,
 3. Ort und Datum der Wahl,
 4. Liste der Wahlvorschläge,
 5. Anzahl der für jeden Kandidaten abgegebenen Stimmen,
 6. Wahlergebnis.

**Zweiter Teil
Elternvertretungen**

**§ 11
Elternsprecher**

- (1) In jeder Kindertageseinrichtung der Verbandsgemeinde Westliche Börde wird ein Elternsprecher je Gruppe für die Dauer von 2 Jahren gewählt.
- (2) Wahlberechtigt sind die Eltern der jeweiligen Gruppe.
- (3) Beide Eltern eines Kindes haben bei der Wahl für jedes gemeinsame Kind zusammen nur eine Stimme.
- (4) Wählbar ist, wer zu den Eltern der Kinder der jeweiligen Gruppe zählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (5) Gewählt ist, wer die meisten Stimmen bekommt. Eine Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten ist nicht verlangt.
- (6) Eine Abwahl ist nicht möglich. Auch wenn das Kind des Vertreters in der Amtszeit die Kindertagesstätte bzw. die Gruppe verlässt, bleibt der Vertreter für die Wahlzeit im Amt.
- (7) Legt der Elternsprecher das Wahlamt freiwillig nieder, rückt der stimmnächste Bewerber nach. Die Wahlamtsniederlegung ist schriftlich anzuzeigen.

**§ 12
Kuratorium**

- (1) Die Elternschaft der Tageseinrichtung wählt die Mitglieder für das Kuratorium. Sind in der Tageseinrichtung keine Gruppen gebildet, wählt die Elternschaft zwei Vertreter. Sind in der Tageseinrichtung Gruppen gebildet, bestimmt sich die Anzahl der zu wählenden Kuratoriumsmitglieder nach der Anzahl der Gruppen in der jeweiligen Tageseinrichtung. Unter Elternschaft ist die Zusammenfassung aller Eltern zu verstehen, deren Kinder die Tageseinrichtung besuchen. Beide Eltern eines Kindes haben bei der Wahl für jedes gemeinsame Kind zusammen nur eine Stimme. Eltern mit mehreren Kindern in der Einrichtung besitzen auch mehrere Stimmen.
- (2) Wählbar ist, wer zu den Eltern der Kinder der jeweiligen Tageseinrichtung zählt. Haben Eltern mehrere Kinder in der Einrichtung, wird ihre Wählbarkeit nicht gesteigert. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Gewählt ist, wer die meisten Stimmen bekommt. Eine Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten ist nicht verlangt.
- (4) Eine Abwahl ist nicht möglich. Auch wenn das Kind des Vertreters in der Amtszeit die Kindertagesstätte bzw. die Gruppe verlässt, bleibt der Vertreter für die Wahlzeit im Amt.
- (5) Legt ein Vertreter das Wahlamt freiwillig nieder, rückt der stimmnächste Bewerber nach. Die Wahlamtsniederlegung ist schriftlich anzuzeigen.
- (6) Die Elternvertreter, die Kindertagesstättenleiterin, ein Vertreter des Trägers und der gewählte Vertreter für die Gemeindeelternvertretung bilden das Kuratorium der Einrichtung.

**§ 13
Vorsitz des Kuratoriums**

Das Kuratorium wählt in seiner ersten Zusammenkunft einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat die Aufgabe, das Kuratorium nach außen zu vertreten. Zudem nimmt er die Einberufung und Leitung der Sitzungen vor.

**§ 14
Gemeindeelternvertretung**

- (1) Die Elternschaft einer Tageseinrichtung wählt für die Dauer von zwei Jahren aus ihrer Mitte einen Vertreter für die Gemeindeelternvertretung.
- (2) Die Gemeindeelternvertretung ist eine Vertretung der Eltern aus allen Tageseinrichtungen der Verbandsgemeinde und kann aus so vielen Mitgliedern bestehen, wie es in der Verbandsgemeinde Tageseinrichtungen mit selbständigen Betriebserlaubnissen gibt.
- (3) Die Gemeindeelternvertretung ist von der Verbandsgemeinde bei allen die Betreuung von Kindern betreffenden Fragen zu beteiligen.
- (4) Legt ein Vertreter das Wahlamt freiwillig nieder, rückt der stimmnächste Bewerber nach. Die Wahlamtsniederlegung ist schriftlich anzuzeigen.
- (5) Der Vertreter wird mit der Wahl gleichzeitig stimmberechtigtes Mitglied des Kuratoriums der jeweiligen Kindertageseinrichtung, die den Vertreter durch die Elternschaft gewählt haben.

**§ 15
Sprachliche Gleichstellung**

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

**§ 16
Übergangsvorschriften**

Durch die neue Satzung endet die Wahlperiode der Elternvertreter in allen Kindertageseinrichtungen der Verbandsgemeinde am 31.12.2017.

**§ 17
Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Die Wahlrichtlinie zur Wahl der Elternsprecherinnen und Elternsprecher, der Vertreter der Kuratorien und des Elternbeirates für die Kindertagesstätten in der Verbandsgemeinde Westliche Börde vom 24.06.2010 tritt außer Kraft.

Gröningen, den 08.06.2017

[Handwritten Signature]



Stankewitz
Verbandsgemeindebürgermeister

Impressum: **Amtsblatt für den Landkreis Börde**
 Herausgeber: Landkreis Börde, Gerikestraße 104, 39340 Haldensleben,
 Tel.: 03904 7240-0, E-Mail: kreistag-wahlen@boerdekreis.de
 Verantwortlich für die Bekanntmachungen des
 Landkreises Börde: Landrat Landkreis Börde/Hans Walker
 Verteilung: Kostenlos an alle frei zugänglichen Haushalte über den
 General-Anzeiger Landkreis Börde
 Redaktion/Bezug: Büro Kreistag/Wahlen
 Internet: Veröffentlichung unter www.boerdekreis.de